

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatl. (rei Haus 2,50 M., (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schriftleitung: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Tagesseite 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 5. Juni 1929

Nummer 128

## Ein neuer Bucherangriff der Agrarier

Deutschnationaler Antrag auf Erhöhung der Kartoffel- und Butterzölle — Vorstoß der Kirchenherrschaft in Preußen

Berlin, 5. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Deutschnationale Volkspartei, die Christlich-nationale Partei und die Deutsche Bauernpartei haben im Einvernehmen mit den Führern der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen im Reichstag 2 Anträge auf veränderten Zollschutz für Kartoffeln und Butter eingebracht. Nach dem ersten Antrag soll der Zollsatz für einen Doppelzentner Kartoffeln in der Zeit vom 15. Februar bis 10. September auf 4 Mark und in der Zeit vom 11. September bis 14. Februar auf 2 Mark festgesetzt werden. Der zweite Antrag verlangt die Festsetzung des Zolles für einen Doppelzentner Butter, frisch, gesalzen oder eingeschmolzen, auf 80 Mark, sowie folgende Ergänzungen des § 1 Absatz 2 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902: „Bei Butter, frisch, gesalzen oder eingeschmolzen nicht unter 60 Mark am Doppelzentner.“

Wir berichteten gestern über die Montagssitzung des Reichstages, die Ankündigung des Vorstoßes der Agrarier, die Zustimmung des Ernährungsministers zur Bucherpolitik und über das Ausweichen der Sozialdemokraten. Die Agrarier gehen auf dem Wege der Aushungerung der Arbeiter soll in großem Umfang vor sich gehen. Während die Unternehmer mit Hilfe der Arbeitergemeinschafts- und Tarifpolitik der Gewerkschaftsführer die Löhne drücken, steigern die Agrarier die Lebensmittelpreise.

Die Arbeiterschaft muß sich zur entschiedensten Gegenwehr rüsten. Sie kann den Bucherangriff nur abschlagen, wenn sie in geschlossener Front Stellung nimmt, wenn sie auf die steigende Forderung mit dem Kampf um Lohnerhöhungen antwortet. Diese kann sie aber nur ohne und gegen die Gewerkschaftsbürokratie führen. Die gesamte Arbeiterschaft muß dazu übergehen, sofort in Betrieben und Gewerkschaften Stellung zu den Bucherangriffen der Hermann-Müller-Regierung zu nehmen. Sie muß Kampfausschüsse bilden, die Gegenbewegungen, Wirtschaftskämpfe vorbereiten. Sofort aber müssen überall Protestentscheidungen angenommen werden. Die Aufgabe unserer Genossen ist es, eine breite Bewegung der Arbeiterschaft anzuleiten. Diese Bewegung muß verbunden werden mit dem Kampf gegen den Sozialfaschismus, die Unterdrückung der revolutionären Organisationen, mit dem Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr. Unserer Partei fällt die große Verantwortung zu, den verbrecherischen Angriff auf die Lebenshaltung der arbeitenden Massen entschieden abzuwehren. Es darf nicht gezögert werden.

Gleichzeitig gilt es die Bewegung gegen den Lebensmittelpreisanstieg zu lassen zur Vorbereitung und Durchführung der Kundgebungen gegen die Kriegsgefahr am 1. August.  
Genossen, an die Arbeit! Arbeiter, heraus zum Protest!

## Millionensubventionen für die Luftaufrüstung

Berlin, 4. Juni. (Eig. Bericht.)

Im Haushaltsausschuß des Reichstages steht zur Zeit der Verkehrssetzungen. Diese Beratungen erfahren ein gesteigertes Interesse noch dadurch, daß zu gleicher Zeit der Bericht des Rechnungshofes für das Jahr 1928 erschienen ist, was besonders gegen die unerhörte Wirtschaft im Verkehrsministerium scharf Stellung genommen wird. Die Angriffe richten sich besonders gegen die Luftfahrtabteilung des Ministeriums. In der Generaldebatte drehte sich die Diskussion auch besonders um diese Ausgabenmittel, die wiederum Millionenbeträge an Subventionen für die Luftausbau und die Luftfahrt im allgemeinen vorzehen. Die Sozialdemokratie und die Bürgerlichen, getrieben durch die öffentliche Kritik, erhoben auch im Ausschuss gegen das Verkehrsministerium Vorwürfe. Der Redner der kommunistischen Fraktion wies darauf hin, daß gerade diese Parteien das meiste Recht haben zu einer solchen Kritik, sind sie es doch, die im vergangenen Jahre entgegen der Stellungnahme der kommunistischen Partei immer wieder ungezügelt Millionen an Subventionsgeldern für die Luftfahrt im Etat bewilligten. Auch die Forderung, daß das Ministerium dieses Kapitel völlig durchsichtig aufstellen solle, sei lächerlich, da gerade diese Parteien an der möglichen Verschleierung der Subventionsgelder größtes Interesse haben. Es steht außer jedem Zweifel, daß mit Hilfe dieser Mittel der Luftaufrüstung Deutschlands Rechnung getragen wird.

da ja der Friedensvertrag die militärische Luftfahrt unterbunden hat. Die kommunistische Fraktion lehnt deswegen alle vorgelegenen Mittel im Etat für die Luftschiffahrt ab.

Die Erklärung des Verkehrsministers Stegerwald war ohne jeden konkreten Inhalt. Lediglich was die Reichseisenbahn betrifft, verwies er auf die Pariser Verhandlungen und deutete an, daß die Reichseisenbahn in Kürze wieder der Oberhoheit des Reiches unterstellt wird.

Vom kommunistischen Redner wurde gerade in Hinblick auf die Tarifpolitik der Reichseisenbahn die Frage aufgeworfen, wie das Reichsverkehrsministerium zu den Lohnforderungen der Reichsbahnarbeiter, zu dem gefällten Schiedspruch und der provisorisch abnehmenden Stellung von Dornpfeiler u. Co. stehe. Die Antwort von Stegerwald war völlig nichtsagend.

Von besonderem Interesse ist es auch, daß auch im Kapitel Reichsmassentrassen und Ausbau des Binnenwasserstraßennetzes erhebliche Streichungen vorgenommen werden sollen. Entgegen der gesetzlichen Bestimmung und der Staatsverträge von 1926 sollen die vorgelegenen Mittel für den Südflygel des Mittelkanals im Etat 1929 noch nicht eingestellt werden. Unter Berücksichtigung der gewaltigen Erwerbslosigkeit und der weiteren Durchführung des leinerzeit beschlossenen Arbeitsbeschaffungsprogramms wird die kommunistische Fraktion besonders den Kampf um die Einziehung dieser Mittel führen.

## Vor der Verabschiedung des Silberding-Etats

Das Märchen vom „Notjahr“ und von der „Erbkass“ — Ein Jahr SPD-Regierungspraxis

Von Adolf Ende, M. d. R.

Der Reichstag ist wieder zusammengetreten. In den vier Wochen bis zu den Sommerferien soll der arbeitserfreundliche, den Bürgerblock an sozial- und steuerreaktionären Maßnahmen noch übertreffende Silberdingetat verabschiedet werden. Daher werden diese Wochen von weittragender politischer Bedeutung sein. Besonders die Beratung des Reichswehrministeriums und der Steuer- und Finanzpolitik erfordert die größte Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft. Die Beratungen werden außerdem unter dem Eindruck des Ergebnisses der Pariser Konferenz stehen, das die bestehende Klasse ermuntert, ihre Forderungen auf Steuerentlastung noch energischer als bisher zu vertreten.

Zum besseren Verständnis der kommenden Beratungen im Reichstag nachstehend eine Charakterisierung der jetzt einjährigen Etatpolitik der Sozialdemokratie.

Bei aller Raffinesse ist es für die sozialdemokratischen Minister gar nicht so leicht, ihre arbeitserfreundliche Politik, die sie seit einem Jahr im Reichstag betreiben, den Anhängern plausibel zu machen, oder gar als fortschrittlich gegenüber der Aera des Bürgerblocks hinzustellen. Als routinierete Demagogen und Volksbetrüger waren sie von vornherein darauf bedacht,

dem lieben Wählervolk, wenn schon keine positiven Tatsachen, so doch gute Ausreden für ihre vollkommene Kapitulation vor den Trügengewaltigen zu liefern.

Zuerst, gleich zu Beginn der neuen Reichstagsperiode, erfaßte Hermann Müller die Sache mit dem „Notjahr“, um die hochgespannten Wünsche der im Wahlgang auf den sozialdemokratischen Leim gekochenen Wähler niederzudrücken. Das hinderte Silberding zwar nicht daran, damals zu erklären, daß genügend Gelder aus den Steuern einkommen seien, um den Panzerkreuzer A insajagen aus der Weltentafel bezahlen zu können. Aber in der Zeit, da der wegen seiner Steuererhöhungen aufreizende Etat der neuen Regierung bekannt wurde und die Forderungen der Reichsarbeiter und Beamten abgemürgt werden sollten, mußte das „Notjahr“ herhalten, um zu begründen, daß

der „Water Staat“ unter Müller-Silberding kein Geld habe und aus den Massen mehr Steuern herauspressen muß als im Zeitalter des Bürgerblocks.

Auch alle weitgehenden sozialpolitischen Forderungen konnten „natürlich“ in einem „Notjahr“ keine Berücksichtigung finden. Ein schlechter Republikaner, der „egoistische Wünsche einzelner Gruppen der Bevölkerung“ in den Vordergrund stellt, wo es doch um die langsame, aber sichere Eroberung der Republik mit Hilfe der Koalitionspolitik geht. Die Not der Republik duldet eben keine Extrawürste simpler Proleten. So war ungefähr der Tenor der Geschichte mit dem „Notjahr“.

Aber diese Waize sog nicht so reich. Auch der ausüblichste Gläubige sozialdemokratischer Ministerworte merkte, daß trotz Regierungswachsel und trotz „Notjahr“ alles beim alten blieb, und noch schlechter wurde.

die Vermögensgegenstände für Militarismus, Polizei und Kapitalsubvention fröhlich auch im neuen Reichstag weiterlebte, während alles gekappt wurde, was die kommunistische Fraktion z. B. an berechtigten Forderungen für die Werkstätten erhob.

Sinnu kam der plötzliche Kassendruck, als Silberding sagte über Nacht entdeckte, daß sein ausgetüchtelter Rehmilliarden-Etat eigentlich doch nicht balanciert und er mehr Geld benötigt als vorhergesehen.

Und so kam die neue Waize. Das „Notjahr“ verschwand aus den Reden der sozialdemokratischen Minister und Abgeordneten, und dafür kam die

„Erbkass“ der Vergangenheit.

Der Panzerkreuzer, das Kassendefizit, die reaktionären Gesetzentwürfe, die schreiende Steuerungerechtigkeit, der antisozialpolitische Kurs usw., alles das sind „Erbstücke“ aus der Zeit früherer Regierungen, die von den behaarnswerten Wahlflegeln von 1928 als unabänderlich, wie eine „Bilung Gottes“ übernommen werden „mußten“.

Das ganze Gerede von der „Erbkass“, so wie es die sozialdemokratische Propaganda verstanden haben will, ist

## Ergebnisse des sozialdemokratischen Parteitages in Magdeburg

### Der Weg zum Sozialismus



Verleinspaziert, meine Herren Arbeiter! Wem vom Schwindel nicht das Kogen kommt, kann mitfahren!